

zeitschrift für die  
sozialistische jugend deutschland  
» die falken «  
landesverband berlin  
herausgegeben vom  
arbeitskreis für publizistik

6 juli 64

radikal



Wir nennen die Zeitschrift nicht deswegen „radikal“, weil wir jugendliche Hitzköpfe sind, denen nichts rasch genug gehen kann, sondern:

**Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.**

Karl Marx in der Einleitung zur  
„Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“

## Einleitung

In diesem Heft bringen wir in der Hauptsache Artikel über die Situation in der DDR. — In den letzten Jahren haben sich dort neue Entwicklungen angebahnt, Entwicklungen, die auf der Grundlage des Neuen Ökonomischen Systems — wenn es voll eingeführt wird — die Gesellschaft an ihrer Basis ändern würden. Dadurch könnten Möglichkeiten geschaffen werden, die auf eine Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft hinauslaufen.

Da wir in der westdeutschen Presse über neue Tendenzen in der DDR wenig informiert werden, kommen wir in die Gefahr, dort ungeprüft den letzten Hort des Stalinismus zu sehen.

Abweichend von der üblichen radikal-Praxis sind drei Artikel nicht von den Herausgebern geschrieben worden. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Der erste und zweite Artikel wurde von Dieter Staritz, Hilfsassistent bei Prof. Flechtheim und Mitglied des SDS, verfaßt und beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung der DDR von 1958 bis 1961 und das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Den dritten Artikel über das Pfingsttreffen schrieb Andreas Lennert, Student und Mitglied des SDS.

Die beiden Artikel von Dieter Staritz sind — etwas verändert und verkürzt — der Zeitschrift „neue kritik“ nr. 23 entnommen. Der Monolog aus „Die Sorgen und die Macht“ ist dem Buch „Der dritte Weg“ von Martin Jänicke, Neuer Deutscher Verlag, entnommen. Wir danken herzlich.

## Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR von 1958—1961

Die Entwicklung in der DDR in den Jahren 1958 bis 1961 stand unter dem Einfluß von drei einander hemmenden bzw. widersprechenden Entscheidungen: der ökonomischen Hauptaufgabe, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der „Störfreimachung“ und „engen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion“. Bekanntlich verkündete der V. Parteitag der SED (1958) eine ökonomische Hauptaufgabe, deren wesentlicher Inhalt das Erreichen des bundesdeutschen Pro-Kopf-Verbrauchs an wichtigen Nahrungs- und Konsumgütern bis zum Ende des Jahres 1961 und das Einholen der westlichen Pro-Kopf-Produktion bis 1965 war. Die Konsumtion sollte sich also schneller entwickeln als die Produktion. Eine unverständliche Aufgabe, wenn man nicht annehmen will, daß sie durch sowjetische Hilfsversprechen abgesichert war. Dieses Programm wäre — selbst unter Berücksichtigung eventueller sowjetischer Kredite — nur durch eine Steigerung der Außenhandelsumsätze und durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen gewesen.

Diese Möglichkeit wurde aber schon im Frühjahr 1960 mit der Kollektivierung der Landwirtschaft zunichte gemacht. Es ist noch heute völlig ungeklärt, welche Überlegungen das Politbüro der SED zu dieser auch die Partei überraschenden Entscheidung veranlaßt haben. Eine Untersuchung des Siebenjahrplanes (1959—1965) legte die Vermutung nahe, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß erst für die letzten Jahre dieser Planungsperiode vorgesehen war.

Die unter den Bedingungen der verstärkten Freistadt-Berlin-Kampagne forcierte Kollektivierung war von dem Versuch begleitet, die Handwerker in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) zusammenzuschließen. Diese Politik führte zu der bekannten Abwanderungsbewegung, die das geringe Arbeitskräftepotential und damit die Produktion schwächte, was wiederum zur verstärkten West-Flucht beitrug.

Der Versuch, durch eine schnelle Hebung des Lebensstandards die Konsolidierung der DDR zu forcieren, d. h. mit wirtschaftspolitischen Mitteln die Abschließung der DDR zu umgehen, fiel der sachlich zweifelhaften Entscheidung zur Kollektivierung zum Opfer.

Andererseits wurde die in der ökonomischen Hauptaufgabe angelegte Notwendigkeit zu verstärktem Außenhandel auch mit dem Westen durch die im Dezember 1960 eingeleiteten Maßnahmen zur „Störfreimachung“ der DDR-Wirtschaft unmöglich gemacht. Sie waren durch die im Oktober 1960 von der Bundesregierung ausgesprochene „vorsorgliche“ Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens notwendig geworden. Die Bemühungen der Wirtschaftsplanung, die aus einer Unterbrechung des Interzonenhandels eventuell sich ergebenden Störungsfaktoren auszuschalten, konnten aber nur mit tiefgreifenden Veränderungen des laufenden Planes, d. h. mit der Aufnahme neuer — meist unrentabler — Produktionen und mit der Reduzierung der Zuwachsraten fast aller Zweige verbunden sein. Die mit der Sowjetunion vereinbarte „enge Wirtschaftsgemeinschaft“ implizierte eine weitgehende Ausrichtung der Produktion auf sowjetische Bedürfnisse.

Diese notwendig gewordene neue Wirtschaftspolitik war mit strukturellen und personellen Veränderungen im Wirtschaftsapparat verbunden (Juli 1961). An die Stelle der mehr oder minder qualifizierten Fachleute in der seinerzeit wichtigsten wirtschaftspolitischen Instanz, der Staatlichen Plankommission, traten zwar politisch, aber kaum fachlich legitimierte Funktionäre. Der Staatlichen Plankommission verblieb die Perspektivplanung. An ihre Spitze rückte der bisherige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis, in dessen engerem Machtbereich die Kollektivierung am schnellsten und fragwürdigsten zum Abschluß gebracht worden war. Mit der laufenden Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurde ein neu gebildeter Volkswirtschaftsrat unter der Leitung des bisherigen Kaderchefs der Partei, Alfred Neumann, betraut.

Im Laufe des Jahres 1961 war deutlich geworden, daß weder die ökonomische Hauptaufgabe noch der Siebenjahrplan gelöst werden konnten. Die 1961 erreichte Produktionssteigerung lag weit unter der geplanten Entwicklung.

Bereits kurze Zeit nach dem August 1961 begann in der DDR eine breite Diskussion der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Nach einer Periode harter lohnpolitischer Entscheidungen (Produktionsaufgebot), mit denen die rückläufige Entwicklung der Produktion gebremst werden sollte, wandte sich die Parteiführung der Reorganisation der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu.

Seit der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED vom Oktober 1961 riß die Debatte ökonomischer Probleme nicht mehr ab. Auf Plenartagungen des ZK, auf Konferenzen, auf dem VI. Parteitag der SED (Januar 1963) und endlich in einer Richtlinie des Ministerrates der DDR (Juli 1963) wurden die Grundzüge eines „neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ formuliert.

Seit dem Bestehen der DDR hat es eine Reihe von Reorganisationen des Wirtschaftsapparates gegeben. Letztlich handelte es sich bei diesen Maßnahmen aber immer um Veränderungen bürokratischer Strukturen. Den notwendigen Auflockerungen erstarrter Apparate folgte jedoch nicht die Revision der Planungsmethodik oder gar die Aufgabe ökonomisch und politisch uneffektiver Positionen der Partei im Bereiche der Planung und Leitung. Am Ende der Lockerungen stand somit stets die Neigung zu neuer Erstarrung.

Erst jetzt, nach dem 13. August 1961, sah sich die Partei in der Lage, eine von weniger schwerwiegenden Rücksichten beeinflusste, langfristige politische und ökonomische Konzeption zu entwickeln, hergebrachte und im Interesse der Machtsicherung bisher benutzte Methoden und Apparate

## Wirtschaftsreform in der DDR

kritisch zu überprüfen und abzubauen. Diese Strategie kann stark verkürzt wie folgt formuliert werden: Stärkere Loyalisierung der DDR-Bevölkerung durch Rationalisierung des Herrschaftssystems und schrittweise volkswirtschaftlich optimale Hebung des Lebensstandards unter den Bedingungen der geographischen und damit bedingt auch politischen Absicherung des Westens. Bei dieser Konzeption handelt es sich im Grunde um die notwendig verspätete Übernahme der vom XX. und XXII. Parteitag der KPdSU formulierten Strategie des sozialistischen Lagers.

Das Kernstück dieser Politik auf lange Sicht ist ohne Zweifel das Neue Ökonomische System.

Der SED- und der Staatsapparat waren nach dem 13. 8. 61 erstmals in der Lage, sichere Prognosen, d. h. objektiv realisierbare Perspektivpläne, auszuarbeiten. Die bis dahin nicht unerhebliche Schwächung der DDR durch die ständige Ost-West-Wanderung und den stillen, aber heftigen Wirtschaftskrieg (Interzonenhandel, Embargopolitik, Abwerbung von Patentträgern etc.) ist, wenn auch nicht vollständig, unterbunden worden.

Die Ausarbeitung neuer wirtschaftspolitischer Vorstellungen und Richtlinien für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft geht so auf einen ganzen Motivkomplex zurück.

Erleichtert wurden die nun geführten Debatten durch die im September 1962 in der Sowjetunion begonnene Diskussion über mögliche Veränderungen der bisherigen Planungspraxis. Der Charkower Ökonom Liberman hatte in der „Prawda“ unter dem Titel „Plan-Gewinn-Prämie“ (deutsch: „Ostprobleme“, 14. Jhg., 1962, S. 661 ff.) einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er sich gegen den Zentralismus in der Wirtschaftsplanung wandte, eine größere Selbständigkeit für die Betriebe forderte und vorschlug, die Rentabilität als wesentliches Kriterium der Produktion mit Prämien zu honorieren. Er wies darauf hin, daß dazu das bisherige starre Festpreissystem geändert und die Preise den effektiven Kosten angenähert werden müßten. Nach einer intensiven Diskussion der Liberman-Thesen entschied sich die Plenartagung des ZK der KPdSU im November 1962 vorerst gegen die vorgeschlagenen Reformen, führte aber das Produktionsprinzip, d. h. verstärkte Verantwortlichkeit der Partei für Industrie und Landwirtschaft durch die Bildung entsprechender Büros auf allen Ebenen ein. Von Libermans Forderungen wurde nur eine übernommen: Im Bereich des Handels soll der Gewinn Gradmesser der wirtschaftlichen Tätigkeit werden.

In der Folgezeit sind auch in der Sowjetunion neue, dem DDR-Experiment entsprechende, Diskussionen wieder in Gang gekommen.

Konnte man nach dem November-Plenum des ZK der KPdSU noch fürchten, daß sich die genannten Reformbestrebungen in der DDR nicht mehr voll durchsetzen würden, so zeigte der im Januar 1963 stattfindende VI. Parteitag der SED, daß das Politbüro wohl erstmals bereit war, unabhängig, von der Sowjetunion nur sehr unwesentlich vorgezeichnete Wege zu gehen. Unter der Losung: „Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb und den Werktätigen nützen“, beschä-

wesens. (Walter Ulbricht: „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Berlin 1963, S. 82 ff.) Diese Veränderungen sollten durch die Umstellung der Parteiarbeit auf das Produktionsprinzip begleitet werden, die dann im Februar 1963 auch verfügt wurde. Man hat das im Westen als Absicherungsmaßnahme gegen die möglichen politischen Konsequenzen einer Auflockerung der Wirtschaftsplanung gewertet. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen (vgl. Diskussion auf dem 5. ZK-Plenum, „Neues Deutschland“ v. 5. 2. 1964) ist jedoch die Annahme gerechtfertigt, daß damit eine Qualifizierung der Parteiarbeit im Sinne einer kontinuierlichen und sachkundigeren ökonomischen Politik der Partei auf allen Ebenen eingeleitet worden ist und die Partei bemüht ist, sich den jeweiligen Erfordernissen strukturell anzupassen.

Das NOS ist ein großangelegter Versuch, durch eine Modernisierung der Planungs- und Leitungstätigkeit die Rentabilität der DDR-Wirtschaft zu sichern und zu erhöhen. Zu diesem Zwecke sollen im Verlaufe eines längeren Prozesses folgende Reformen durchgeführt werden:

### **1. Die Neuregelung der Entscheidungsbefugnisse auf allen Ebenen des Wirtschaftsapparates im Sinne einer „Delegierung der Verantwortung nach unten“.**

Der Ministerrat soll den gesamten Reproduktionsprozeß planen und leiten. Er arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK. Die Staatliche Plankommission — Organ des Ministerrates — ist verantwortlich für die Perspektivplanung und die Ausarbeitung der Orientierungsziffern für die Jahresplanung.

Der Volkswirtschaftsrat — ebenfalls Organ des Ministerrates — erarbeitet die Jahrespläne und leitet über seine Industrieabteilungen die gesamte industrielle Produktion. Die 80 VVB, die ökonomischen Führungsorgane eines Industriezweiges, werden von den Industrieabteilungen angeleitet und sind ihrerseits verantwortlich für den gesamten Reproduktionsprozeß der ihnen unterstellten Betriebe. Sie sollen vor allem den rationellen Einsatz und die Entwicklung neuer technischer Verfahren gewährleisten. Sie sollen nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, d. h. sich an der Rentabilität des Industriezweiges orientieren.

Die VEB erhalten von ihrer VVB die wesentlichen Hauptziffern der Produktion, die auf dem Planvorschlag des Betriebes beruhen. „Der volkseigene Betrieb hat den planmäßig vorgesehenen Gewinn zu erwirtschaften und muß durch rationelle Produktion und Organisation seiner Tätigkeit eine hohe Rentabilität der Produktion sichern. Dabei ist der Gewinn ein

entscheidender Maßstab für die Beurteilung der ökonomischen Leistung des Betriebes." („Richtlinie des Ministerrates", a.a.O., S. 11.)

Der Werkdirektor hat dafür Sorge zu tragen, daß mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit „die Initiative der Werk tätigen und ihrer Kollektive ständig auf die volle Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Fonds gelenkt wird, um dadurch eine hohe Rentabilität des Betriebes zu erreichen" (ebenda, S. 11).

Nach Ulbricht ist das neue Planungs- und Leistungssystem gekennzeichnet durch die „Zentralisierung der Grundfragen, speziell der perspektivischen Entwicklung und der volkswirtschaftlichen Koordinierung, während die Verantwortung für die einzelnen Betriebe der Wirtschaft, für die Industriezweige und Betriebe, speziell für die konkrete Organisation des Wirtschaftsprozesses sinnvoll nach unten zu delegieren ist. Wenn man das konsequent durchführt, erhält man eine Pyramidenform der Leistungsfunktionen. An der Spitze werden zahlenmäßig wenige, dafür aber für den Gesamtprozeß grundlegende Fragen entschieden, während hiervon ausgehend die einzelnen Leitungsorgane ihre spezifischen Probleme der praktischen Führung der Wirtschaft lösen." (Ulbricht auf dem 5. Plenum, „ND" v. 5. 2. 64.)

Mit der Reduzierung der zentralistischen Detailplanung auf die Ausarbeitung wesentlicher Kennziffern für die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft wüchse die Verantwortung der VVB und der ihnen angeschlossenen Betriebe. Die VVB nähmen dann tatsächlich den Charakter von Konzernen an, die für die wirtschaftlich-technische Entwicklung der Betriebe verantwortlich wären. Sie hätten für Absatz und Materialfluß zu sorgen und Marktforschung zu betreiben. (Vgl. „Richtlinie" . . . , S. 26 f.) Im Rahmen der reduzierten zentralen Anweisungen wüchse ihre Selbständigkeit; die wirtschaftliche Führungstätigkeit der Zentrale näherte sich einer Rahmenplanung an, die über ökonomische Hebel realisiert würde.

Die eingeleitete Umstrukturierung des Apparates ist daher keineswegs eine einfache Umgruppierung bürokratischer Elemente, sondern tatsächlich eine Verminderung der Bürokratie. An die Stelle des fesselnden Zentralismus tritt die Ermunterung ökonomischen Denkens.

## **2. Die Verbindung der zentralen Planung mit einem System ökonomischer Hebel**

„Ökonomische Hebel sind gesetzmäßige Beziehungen zwischen den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Menschen, die direkt oder indirekt wirken und durch ihre jeweilige Gestaltung die Werk tätigen zu einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten anregen." („Richtlinie", ebenda, S. 17.)

Das jetzt angestrebte System ökonomischer Hebel soll so strukturiert sein, daß materielle Anreize nur für die Erfüllung volkswirtschaftlich nützlicher Leistungen gewährt werden. Stimuli zur Sicherung der geplanten proportionalen Entwicklung. Dabei sollen die Hebel so „angesetzt"



berücksichtigte, konnte schlechterdings nicht zur Gewinnsteigerung anreizen. Deshalb kann der Gewinn nur dann „Hebelwirkung“ haben, wenn die Preise in stärkerem Maße die Selbstkosten ausdrücken, d. h. wenn das Wertgesetz im Rahmen des Planes wirken kann. Mit der Umwertung der Grundmittel und der Einführung neuer Industriepreise, die stärker an den effektiven Kosten der Grundstoffindustrie orientiert sind, werden dafür bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen. Da der Gewinn aber andererseits nicht allein die Produktionsmaximierung, sondern die sortiments- und qualitätsgerechte Fertigung auf höchstem technischem Niveau ausdrücken soll, sind weitere Veränderungen notwendig. Augenblicklich wird an einer Differenzierung der Preise nach den Qualitätsmerkmalen der Waren und dem Annäherungsgrad an den technischen Weltstand experimentiert. „Gewinn darf nur erzielt werden, wenn auf hohem technischem Niveau produziert wird. Wer veraltete Produktion bringt oder schlechte Qualität liefert, muß empfindliche Verluste erleiden.“ (Ulbricht auf der Wirtschaftskonferenz, 24.--25. 6. 1963, „ND“ v. 26. 6. 1963). Die Verbindung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen soll durch leistungsabhängige Löhne und Gehälter, Jahresendprämien, leistungsabhängigen Zusatzurlaub und Schichtprämien verbessert werden. Die Lohn- und Prämienfonds sollen stärker vom Gewinn bzw. von qualitativen Kennziffern abhängig gemacht werden. Der materielle Anreiz soll erhöht, aber immer im Interesse der Erfüllung volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben gewährt werden.

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Mehrzahl der hier angedeuteten Veränderungen bisher keineswegs realisiert worden ist. Diese Umstellung erfordert Zeit und Energie.

### 3. Neue Kaderpolitik

Die unter 1 und 2 genannten angestrebten Veränderungen des Leitungs- und Planungsgeschehens können nur dann durchgesetzt werden, wenn kader-(personal-)politische Konsequenzen gezogen werden. Der bisher vorherrschende und vom Planungssystem geforderte mehr politisch als ökonomisch zuverlässige Wirtschafts- und Parteifunktionär ist den neuen Aufgaben nur selten gewachsen. Wo weitgehend eigenverantwortlich gearbeitet werden muß, wenn Gewinn und damit steigende Gehälter und Prämien bezogen werden sollen, hat der an bürokratische Anweisungen gewöhnte unqualifizierte Funktionär keine echte Überlebenschance. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die im engeren Sinne wirtschaftlichen Tätigkeiten, sondern im gleichen Maße für die technischen und politischen.

Die Partei hat deshalb in letzter Zeit wiederholt an die Jugend appelliert und die Staats- und Wirtschaftsorgane aufgefordert, den jungen Fachleuten verantwortliche Funktionen zu geben und sie nicht in Positionen verharren zu lassen, die ihrer Qualifikation nicht entsprechen. (Siehe hierzu: Jugendkommuniqué, Jugendgesetz, Materialien des 7. Parlaments der FDJ, Grundsätze für ein einheitliches Bildungssystem.)

Andererseits findet seit geraumer Zeit und gerade unter dem Aspekt des Neuen Ökonomischen Systems in der Presse der DDR eine Diskussion über Veränderungen in der akademischen Lehre und Forschung statt, um den Hochschulnachwuchs besser mit den Erfordernissen der Praxis vertraut zu machen. (Siehe hierzu vor allem „Forum“.) Natürlich zielen diese Bemühungen nicht nur auf die Heranbildung eines Stammes künftiger Partei- und Staatsfunktionäre, sie entsprechen vielmehr den wissenschaftlich-technischen Erfordernissen der Produktion, die — wie im Westen — in zunehmendem Maße den hochqualifizierten Fachmann verlangen.

Welche ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen ergäben sich aus dem Neuen Ökonomischen System?

1. Die ökonomischen liegen auf der Hand: Die Wirtschaftsplanung verlore ihr bürokratisches Gepräge, exakte ökonomische Prognosen würden möglich, die Wirtschaftspolitik verwissenschaftlichte sich, die Produktion orientierte sich schneller am wissenschaftlich-technischen Höchststand, die angebotenen Waren entsprächen in Sortiment und Qualität weitaus stärker der Nachfrage, ökonomisches Denken träte an die Stelle der noch vorherrschenden bürokratischen Subordination.

2. Die politischen Konsequenzen sind vor allem mit der Dezentralisierung der ökonomischen und — denkt man an das Produktionsprinzip — auch der politischen Entscheidungen verbunden. Ganz allgemein ist eine stärkere Orientierung der Parteipolitik an den sozialökonomischen Erfordernissen zwingend. Diese Rationalisierung der Politik ist allerdings nur möglich, wenn fachlich qualifizierte Funktionäre an die Stelle der altgedienten dogmatisch-unbeweglichen treten.

Die kaderpolitischen Konsequenzen können sich zu Störfaktoren bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems entwickeln.

Ein Widerstand der mittleren und gehobenen Kader, der tendenziell zur Differenzierung der politischen Führung beitragen kann, ist denkbar.

Wird das Neue Ökonomische System verwirklicht, dann kann es zur wirtschaftlichen Konsolidierung der DDR wesentlich beitragen. Aus der Rationalisierung der Politik, der Bewertung der Bürger und Funktionäre nach dem Produktionseffekt, der Einbeziehung jüngerer und qualifizierter Kader in die Leitungstätigkeit erwachsen echte Chancen für die Realisierung der oben grob skizzierten Konzeption der Partei. Prinzipiell ist der Abbau der verschiedenen die Loyalisierung der Bevölkerung hemmenden Bedingungen denkbar; denn man wird mit einiger Sicherheit annehmen können, daß es auch die aus der bürokratischen Hierarchisierung des gesellschaftlichen Lebens herrührenden Erscheinungen sind,

die die Aktivität der Massen verhindern. Diese Entwicklung müßte allerdings von einer spürbaren und kontinuierlichen Hebung des Lebensstandards und dem schnellen Ausbau der bisher nur formaldemokratischen betrieblichen Institutionen begleitet werden. Tatsächlich ist erst mit dem Neuen Ökonomischen System die Demokratisierung der Betriebe möglich. Unter den Bedingungen der weitgehenden Abhängigkeit der Werkleitungen von übergeordneten Instanzen war an betriebliche Mitbestimmungen kaum zu denken. Es bleibt abzuwarten, wie die im NÖS angelegten Möglichkeiten ausgebaut werden. Die Experimente mit den Produktionskomitees bei den Werkleitungen sollten aufmerksam verfolgt werden.

Die Frage, inwieweit das NÖS zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beitragen kann, ist hier ausgeklammert worden. Momentan ist die Frage nach den Rationalisierungschancen vorrangig.

Dieter Staritz



Pfingsten 1964 veranstaltete die FDJ ihr 3. Deutschlandtreffen in Ostberlin. Drei Tage lang wurde der östliche Teil unserer Stadt beherrscht von hunderttausenden blaubehemdeten, twistanzenden, diskutierenden, durch die Straßen bummelnden und ungeheure Mengen Eis und Bockwurst verteilenden Jugendlichen aus allen Teilen der DDR.

Während westliche Kommentatoren von „tobender FDJ“ redeten und sich nicht zu dumm vorkamen, Vergleiche mit den Aufmärschen der HJ zu ziehen, benutzten einige tausend Westdeutsche die Gelegenheit, etwas von dieser unbekanntem Welt „DDR nach dem 13. August“ kennenzulernen. Wer mit der Vorstellung hingefahren war, den „eingemauerten Brüdern usw.“ Mut zusprechen zu müssen, wurde genauso enttäuscht wie der, der erwartet hatte, drei Tage lang marschierende und politischen Führern zujubelnde Kolonnen zu sehen. Die Mischung aus Volksfest und Rummel, praktisch nur einmal unterbrochen durch den Aufmarsch am Pfingstsonntag, war für die meisten Westdeutschen die größte Überraschung.

Es soll nicht gelegnet werden, daß das Deutschlandtreffen eine politische Demonstration war, auch wenn die eigentlich politischen Veranstaltungen nur am Rande stattfanden. Es war, und das war die zweite große Überraschung für viele, eine Demonstration des wachsenden Selbstbewußtseins der Jugend in der DDR, einer wachsenden Identifizierung mit ihrem Staat und auch eines wachsenden Stolzes auf seine Leistungen. Im Unterschied zu früheren Jahren hatte die FDJ es nicht mehr nötig, diese sicher noch nicht vollständige, aber aus was für Gründen immer — Resignation oder bewußte Bejahung — im Wachsen begriffene Identifikation der Jugend mit dem Staat sozusagen optisch kompakt in Form von Marschkolonnen vorzuführen, sondern sie konnte sich darauf verlassen, daß die

## Pfingsttreffen

Jugendlichen in den zahlreichen Diskussionen mit Westdeutschen auch auf sich gestellt Sozialismus und DDR verteidigen würden. Dabei kam ihr zugute ein Paradox westlichen politischen Bewußtseins: Man war selbstbewußt genug, Tausende von Jugendlichen aufzufordern, als „Vertreter freier Lebensart“ nach Ostberlin zu fahren, aber man fühlte sich nicht stark genug, denselben Jugendlichen ausreichend Informationen über die politischen Verhältnisse in der DDR in die Hand zu geben. So zeigten die meisten informellen Diskussionsgruppen ein Informationsniveau auf westlicher Seite, das allen noch so berechtigten Forderungen nach größerer Informationsfreiheit in der DDR den Boden entziehen mußte. Daß daneben die Braunschweiger Verhaftungen die Darstellung westlicher Freiheit wenig glaubwürdig machten, sei nur am Rande erwähnt. (Was nicht heißen soll, daß diese Verhaftungen für unsere Auseinandersetzung hier nur ein Randphänomen seien.)

Es ist bekannt, daß als einziger westdeutscher Jugendverband der SDS mit einer offiziellen Delegation am Deutschlandtreffen teilnahm. Es muß bedauert werden, daß kein anderer Verband den Mut zu einem solchen Schritt fand. Dieses Bedauern ist nachträglich auch von anderen geäußert worden, beispielsweise von Kurt Mattick. Man kann nur hoffen, daß man sich an dieses nachträgliche Bedauern bei der nächsten Gelegenheit noch erinnert. Gerade die Teilnahme des SDS hat gezeigt, wie unvergleichlich günstiger die Voraussetzungen für eine Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirklichkeit in der DDR sind, wenn man die Repräsentanten dieser Wirklichkeit erst einmal zur Kenntnis nimmt.

Andreas Lennert.

## Tschechenbesuch

Der Tschechenbesuch hatte für unsern Verband, wie wir den Presseberichten entnehmen konnten, ein übles Nachspiel.

Die Tschechen, hieß es, wären illegal in Berlin gewesen. Uns wurde erst vorgeworfen, daß sie nicht laut Programm über Dreilinden eingereist sind, sondern über Checkpoint Charlie. Dann wurde uns vorgeworfen, daß sie, wenn sie schon über den letzten Übergang gekommen seien, wir mindestens den Herrn Senator Neubauer sofort hätten benachrichtigen müssen. Als Zeitungsente erwies sich der Protest der Alliierten, die sich für den Tschechenbesuch überhaupt nicht interessierten. Es soll die Anordnung geben, daß Ausländer sich nach einem 24stündigen Aufenthalt in der Stadt bei den Alliierten melden müssen. Die Pressekonferenz des LV zeigte, daß auch die Anschuldigungen aussprechende und auf jeden Fall verteilende Presse unsicher war, sich ausschwig, doch nicht aus taktischen Gründen, sondern aus schlichter Unwissenheit. Allein der Vertreter der „Welt“ zeigte sich offensichtlich „gerade“ informiert.

Sehen wir uns die Vorwürfe an, sie erwiesen sich nach kurzer Zeit als unhaltbar, denn es stellte sich heraus, daß erstens auch andere Gruppen aus Ostblockstaaten auf diesem Wege zu Berliner Gastgebern gekommen sind, daß zweitens die Richtlinien des Jugendensators zwar Westbegegnungen, aber nicht Ostbegegnungen vorsehen. Es bleibt bestehen, daß Senator Neubauer nicht über den veränderten Grenzübergang informiert wurde.

Wir fragen uns, was hat den Herrn Senator Neubauer veranlaßt, so unglaublich hysterisch auf eine Presseprovokation zu reagieren: Die Presse? Die Rücksichtnahme auf kommende Wahlkampfauseinandersetzungen? Oder gar Isolierung in der eigenen Partei? Mußte er seine Abberufung befürchten? Mit seinem übereilten Schritt hat er weder sich noch ungünstig gedient. Er dachte, über uns hinweg, sich zu retten. Nun, wir verzichten „freiwillig“ auf weitere Ostblockfahrten in diesem Jahr und bezahlen den Tschechenbesuch.

Der eigentliche Gewinner der hochgespielten Nichtaffäre ist die Springerpresse, ist es ihr doch gelungen, zwei auf einen Streich zu schlagen, einen bisher progressiv erscheinenden Jugendensator und die Falken.

Es ist sicher kein Zufall, daß man jahrelang zwar polnische, tschechische und russische Filme, Gedichte, Satiren und Romane kannte, aber aus dem Gebiet der DDR kaum etwas zu uns herüberdrang. Engagierte und kritische Literatur wurde von der herrschenden Bürokratie geächtet; so geschehen z. B. mit Peter Hacks' Stück „Die Sorgen und die Macht“. Diskussionen in Kunst, Literatur und Wissenschaft waren allzuoft Scheindiskussionen, die bestimmte Parteidoktrinen festigen sollten. Die Situation war bedrückend und schien aussichtslos.

Doch dann begann sich das Bild — anfangs fast unmerklich — zu wandeln. Es gab Lyriklesungen junger Autoren, die von der Beteiligung her an Jewtuschenkos berühmt gewordene Lesungen in Moskau erinnerten. Romane, Erzählungen und Gedichte wurden veröffentlicht und überall diskutiert. Die Ostberliner FDJ-Zeitschrift „Forum“, vorher nur schwer genießbar, wurde zum Spiegel dieser neuen Welle. Lange Zeit noch bestand das Kafka-Tabu, aber heute mehren sich auch in der DDR die Stimmen, die sich für die Veröffentlichung der Werke Kafkas einsetzen.

Wo sich Entwicklungen zeigen, ist es wichtig, diese zu kennen. Einen bescheidenen Beitrag will radikal hier leisten, indem es zwei der am meisten diskutierten Romane von „drüben“ vorstellt.

Wunschgetreu: „Was vorwärts und was rückwärts ist, bestimmt, dünkt ich, noch immer die Partei. Willst du sie belehren?“ Bienkopp zitternd: „Ich stell mir die Partei bescheidener vor, geneigter anzuhören, was man

## Buchbesprechung

liebt und fürchtet. Ist die Partei ein selbstgefälliger Gott? Auch ich bin die Partei!"

Diese Sätze sind dem neuesten Roman eines der bekanntesten DDR-Schriftsteller entnommen; „Ole Bienkopp“ von Erwin Strittmatter. Strittmatter, er hat jahrelang ziemlich parteifromme Bauernstücke und -romane verfaßt, schildert hier kritisch das Schicksal eines Bauern und Kommunisten, Ole Hansen, genannt „Bienkopp“.

Ole wurde 1945 Neubauer, doch schon bald bedrücken ihn die immer noch ungerechten Eigentumsverhältnisse auf dem Lande. Mit den Ärmsten des Dorfes gründet er eine Genossenschaft als eine Art Schutzgemeinschaft, lange bevor die Kollektivierung zur offiziellen SED-Politik wird, und natürlich werfen ihm die Parteibürokraten vor, er arbeite mit seiner Kolchoswirtschaft der Greuelpropaganda des westdeutschen Klassenfeindes in die Hände.

In der Genossenschaftsfrage ist Ole bald durch die politische Schwenkung der SED gerechtfertigt, aber die Auseinandersetzungen hören nicht auf, ob es sich nun um die Zweckmäßigkeit von Offenställen oder die beschleunigte Vergrößerung des Viehbestandes handelt. Immer wieder stellt sich die Frage, wer soll eigentlich Entscheidungen treffen: das Parteisekretariat oder der in der Genossenschaft tätige Bauer? Strittmatter beantwortet diese Frage nicht ausdrücklich, aber in jedem einzelnen Fall gibt die Entwicklung Bienkopp recht.

Sehr lebensecht sind die Figuren einiger Parteisekretäre gezeichnet, die angelerntes Wissen aus Schulungsabenden in Hülle und Fülle parat haben, denen aber eigene Initiative, Verantwortung und Courage fehlen. Wohl selten sind in einem DDR-Roman Bürokratisierung und Dogmatismus so präzis dargestellt worden wie hier. Die Folge davon waren erregte Diskussionen in ostdeutschen Fach- und Tageszeitungen. Neu war hier die Vielfalt der vertretenen Meinungen. Es wurden besorgte Zweifel geäußert, Bienkopp passe nicht in das Schema vom positiven Helden, sein Tod (er stirbt — einmal wieder von der Partei gemabregelt — bei dem Versuch eine seiner vielen Ideen zu verwirklichen) sei zu pessimistisch. Ebenso gab es viele Verteidiger Strittmatters und Bienkops.

Strittmatter schildert in seinem Buch Aspekte der DDR-Gegenwart in dem eng begrenzten dörflichen Rahmen; sein Buch ist nicht frei von Klischees, etwa wenn er die Motive eines Republikflüchtlings aufzeigt oder Vorstellungen über die Bundesrepublik von sich gibt. Uns jedoch sollte es darauf ankommen, wie Strittmatter als Kommunist Mißstände in der DDR sieht, wie er einen bestimmten Lebensbereich — ein Dorf und eine Genossenschaft — in der DDR zeichnet. Hier sind Ansatzpunkte vorhanden, sein Buch mit „Irlicht und Feuer“ von Max von der Grün zu vergleichen.

Hoffentlich tun es viele radikal-Leser selbst!

denen es gelungen ist, literarisch anspruchsvoll hierüber zu schreiben, aus der DDR kommen. Uwe Johnson hat 1958/59 in der DDR seine „Mutmaßungen über Jakob“ geschrieben und den Roman „Das dritte Buch über Achim“ konzipiert. Johnson siedelte in die Bundesrepublik über, als sein schon fertiggestelltes Buch in seiner Heimat nicht verlegt werden durfte.

Im Jahre 1963 erschien im Mitteldeutschen Verlag in Halle (Saale) die Erzählung „Der geteilte Himmel“ von Christa Wolf, die einen für unsere Begriffe unglaublichen Zuspruch fand. Innerhalb eines Jahres wurden über 100 000 Exemplare davon verkauft.

Die Geschichte ist schnell erzählt: Der Chemiker Manfred Herrfurth verläßt nach Beendigung seines Studiums die DDR und hofft, daß sein Mädchen, Rita Seidel, ihm nach Westberlin folgt. Rita fährt ihm auch nach, beschließt aber, wieder zurückzukehren.

Neu ist, daß Christa Wolf keine „positiven Helden“ darstellt und keine Propagandasprüche drischt. Sie beschreibt den beschränkten Funktionär, der stets kritiklos die Parteilösungen übernimmt; sie zeichnet plastisch den Opportunisten, der vor 1945 der Nazi-Partei treu gedient hat und nach 1945 geschnitten umgeschwenkt ist; sie hat Verständnis für Manfred Herrfurth, der ursprünglich mithelfen wollte, in der DDR eine lebenswerte Gesellschaft aufzubauen und der später, enttäuscht und zynisch, sagt: „Der Mensch ist nicht dazu gemacht, Sozialist zu sein. Zwingt man ihn dazu, macht er groteske Verrenkungen, bis er wieder da ist, wo er hingehört: an der fettesten Krippe.“

Rita sagt nach ihrem Besuch in Westberlin: „Alles wäre leicht, wenn sie dort als ‚Kannibalen‘ auf der Straße herumliefen, oder wenn sie hungerten, oder wenn ihre Frauen rotgeweinte Augen hätten. Aber sie fühlen sich ja wohl. Sie bemitleiden uns ja.“

Dies Buch ist ein gutes Zeichen. Es läßt für die Menschen in der DDR hoffen.

„Kollegen, Kommunismus, wenn ihr euch  
Den vorstellen wollt, dann richtet eure Augen  
Auf, was jetzt ist, und nehmt das Gegenteil;  
Denn wenig ähnlich ist dem Ziel der Weg.  
Nehmt soviel Freuden, wie ihr Sorgen kennt,  
Nehmt soviel Überfluß wie Mangel jetzt  
Und malt mit den grauen Tinten  
Der Gegenwart der Zukunft buntes Bild.“

Monolog der Genossin Emma Holdefleiß aus „Die Sorgen und die Macht“  
von Peter Hacks.

## Randnotizen von . . .



E u g e n fand im Gästebuch einer Ausstellung der Schöneberger Falken diesen feinen Spruch eines Pfadfinders:

„Ich finde es ganz richtig, daß man den Falken das Geld sperrt. Sie haben schon in Polen bewiesen daß sie keine Deutschen sind. Sie treiben mit den Senats Geldern doch bloß Unfug. Das was die Falken treiben geht schon ins Komonistische, außerdem sind sie sowie so bei den Förstern im Grunewald unbeliebt den wenn eine Jugend-Gruppe mit Halstuch einen Förster trifft sagt dieser immer gleich: Ja, da sind schon wieder die Falken.“

## Anmerkung

radikal erscheint nun seit einem Jahr. Die meisten Abonnements laufen jetzt aus. Wir bitten, diese Abonnements zu erneuern.

Gleichzeitig fordern wir die übrigen Leser, die zu vorsichtig waren, letztes Jahr radikal zu bestellen („Vielleicht erscheinen die nur zweimal, und dann ist unser Geld futsch“) auf, unsere Arbeit durch ein radikal-Abonnement zu unterstützen.

radikal-Redakteure verdienen auch eine Erholungspause. Das nächste Heft erscheint daher erst im Oktober. Auf Wiedersehen,



Einleitung	2	<b>Inhaltsverzeichnis</b>
Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR von 1958—1961, von <i>Dieter Staritz</i>	3	
Wirtschaftsreform in der DDR, von <i>Peter Staritz</i>	4	
Deutschlandtreffen 1964, von <i>Andreas Lennert</i>	10	
Nachtrag zum Tschechenbesuch	11	
Buchbesprechungen:		
1. Ole Bienkopp, von <i>Erwin Strittmatter</i>	12	
2. Der Geteilte Himmel, von <i>Christa Wolf</i>	13	
Monolog der Emma Holdefleiß, von <i>Peter Hacks</i>	14	
Eugen	15	
Mitteilungen	15	

---

„radikal“ erscheint zweimonatlich, herausgegeben vom Arbeitskreis für Publizistik im Landesverband Berlin der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“. Der Redaktion gehören an: Peter Bischoff, Hans Gellhardt, Günter Mayer, Elke Sahnwald und Barbara Teller. „radikal“ wird gedruckt in der Offizin des Arbeitskreises, Berlin 61. Preis je Heft 0,50 DM, im Jahresabonnement (6 Hefte) 3,50 DM.

Postscheckkonto: Elke Sahnwald, Berlin West 1779 91

Zuschriften und Bestellungen an:

Peter Bischoff, 1 Berlin 37, Sven-Hedin-Straße 54